

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9038/39  
Telefax: 886 848 ppbn d  
Telefax: 21 0484



## Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen  
MdB zur IBM-Siemens-Ko-  
operation im Mikro-Chip-Ber-  
reich: JESSI auf dem Weg  
ins Abseits? Seite 1

### Dokumentation

Norbert Gansel, Vorsitzen-  
der des SPD-Parteirates, hielt  
auf dem Gründungsparteitag  
der DDR-SPD am 24. Fe-  
bruar in Leipzig ein Gruß-  
wort, das wir im Wortlaut  
dokumentieren.

Seite 4

45. Jahrgang / 41

28. Februar 1990

### JESSI auf dem Weg ins Abseits?

Zur IBM/Siemens-Kooperation im Mikro-Chip-Bereich

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung und Tech-  
nologie

JESSI ist der bisher ehrgeizigste Versuch Europas, der europäi-  
schen Mikroelektronikindustrie den Anschluß an die internationale,  
insbesondere die japanische Entwicklung in der Chip-Entwicklung  
und -Produktion zu sichern. Bis 1996 sollen circa acht Milliarden  
DM in dieses Projekt fließen, davon allein 1,18 Milliarden DM aus  
dem Haushalt des BMFT. Bei JESSI stehen vor allem vier Teil-  
bereiche im Mittelpunkt:

1. Die arbeitsteilige Entwicklung der nächsten Chipgeneration.
2. Die Entwicklung von Halbleiterprozeßtechniken.
3. Die Entwicklung von Werkzeugen für die Systementwicklung.
4. Stärkung der Grundlagenforschung.

Aktives Handeln des Staates in diesem Bereich ist grundsätzlich  
sinnvoll, müßte mit mehr Perspektive erfolgen. Staatliche Förder-  
politik darf sich aber nicht darauf beschränken, im wesentlichen  
den zwei in der Bundesrepublik tätigen großen Chipherstellern  
SIEMENS und Philips-Valvo ökonomische Risiken bei der Her-  
stellung und Entwicklung des 16- oder 64-Megabit-Chips abnimmt.  
Staatliches Engagement hat nur dann eine Berechtigung, wenn sie  
umfassenderen Perspektiven dient:

- Aufbau einer notwendigen wissenschaftlich-technischen Infra-  
struktur zur Weiterentwicklung der Mikroelektronik bis in den  
Grundlagenforschungsbereich hinein.
- Eine breit angelegte Qualifizierung der wissenschaftlich-techni-  
schen Personals in diesem Sektor.
- Die Entwicklung anwendungsspezifischer, intelligenter Halb-  
leiterbausteine unter Einbeziehung klein und mittelständischer  
Unternehmen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfacher-Lösung  
mit vermerkten Reihenfolge  
# recycling-Paper



- Berücksichtigung regional- und industriepolitischer Zielsetzungen zur Reduzierung etwa des eklatanten Nord-Süd-Gefälles im Bereich der elektronischen Industrie und entsprechender Forschungseinrichtungen.

Diese Ziele sind in JESSI ansatzweise vorhanden. Durch das Bündnis SIEMENS-IBM/USA droht allerdings die industriepolitische Zielsatzung zerstört zu werden. JESSI war konzipiert als Versuch der Bündelung europäischer Firmen und europäischen Know-Hows in diesem Sektor. Denn die enormen F.u.E.-Kapazitäten und die finanziellen Aufwendungen für die Megabit-Chip-Herstellung sind ohne eine Bündelung der entsprechenden Ressourcen kaum realistisch. Die Forschung und Entwicklungskosten allein für den vier Megabit-Chip betragen circa 1,4 Milliarden DM. Jede weitere Chipgeneration wird bei einer Vervierfachung der Speicherkapazität wieder eine Verdoppelung der finanziellen Aufwendungen mit sich bringen. Zumindest im Forschungs- und Entwicklungsbereich kann daher von Marktwirtschaft keine Rede mehr sein.

Weltweit findet Forschung in Form vorwettbewerblicher Kooperation statt, in Japan vermittelt über das MITI, in den USA über das SEMATECH-Programm. JESSI wurde aber gerade von der deutschen Informationstechnischen Industrie mit dem Ziel der technologischen Selbstbehauptung Europas gegen die internationale Konkurrenz, vor allem Japan, verkauft. Ich habe dagegen frühzeitig gefordert, JESSI für die Kooperation mit Firmen wie IBM Europa zu öffnen, wenn auch eine europäische Firma in den USA an Sematech beteiligt wird.

Die nun vereinbarte Kooperation zwischen der SIEMENS AG und IBM-USA soll nach offizieller Lesart eine Brückenfunktion zur Stärkung der gemeinsamen transatlantischen Zusammenarbeit haben.

Unklarheit besteht aber über die Auswirkungen der Firmen-Kooperation SIEMENS-IBM/USA. Könnte das gerade anlaufende JESSI-Programm durch die jetzt vereinbarte Kooperation der beiden Elektromultis nicht ins Abseits gedrängt werden? Erfüllen dann die nicht unerheblichen Fördermittel aus dem EUREKA-Programm noch ihren Sinn? Innerhalb des JESSI-Programms ist SIEMENS vor allem federführend für die 64 Megabitentwicklung, exakt auf dem Feld, auf dem die Kooperation mit IBM/USA vereinbart wurde. Die SIEMENS-IBM/USA-Kooperation bei der Entwicklung des 64 Megabit-Chip ist ein unausgesprochenes Eingeständnis: Aus Sicht der SIEMENS AG ist die Weiterentwicklung des Megabit-Chip hin zum 64-Megabit-Chip in Konkurrenz zu japanischen Firmen im europäischen Firmenverbund ohne Anlehnung an das Know How von IBM nicht in der erforderlichen Schnelligkeit und damit zu vertretbaren Kosten trotz staatlicher Subvention nicht zu realisieren.

Offensichtlich sind die JESSI-Planungen durch die internationale Marktentwicklung hier schon überholt. Von Vertretern von SIEMENS war inzwischen zu vernehmen, daß durch die Zusammenarbeit mit IBM diese Entwicklung zwei bis drei Jahre schneller als bei JESSI vorgesehen realisiert werden kann. Die SIEMENS-IBM/USA-Kooperation ist für beide Firmen vorteilhaft. Nur wer ähnlich schnell wie die Japaner mit einer neuen Chipgeneration auf dem Markt ist, hat überhaupt die Chance, die enormen F.u.E.-Aufwendungen zu amortisieren. Damit stellt sich allerdings in aller Deutlichkeit die Frage, warum im Bereich der Chipentwicklung selbst weiter staatliche Gelder fließen sollen, wenn SIEMENS das strategisch relevante Know How von der IBM/USA transferiert.

Einwände dieser Art werden zumeist mit dem Hinweis kommentiert, daß eine transatlantische Kooperation die Entwicklung von JESSI nur dynamisieren könne. Dies würde jedoch zwingend voraussetzen, daß ein kontinuierlicher Know-How-Transfer zwischen JESSI und SIEMENS-IBM/USA gewährleistet ist. Ob und in welcher Form ein solcher Prozeß sich jedoch vollzieht, ist bisher noch völlig ungeklärt. Ein solches Vorgehen bedarf der Zustimmung beider Partner. Im Kooperationsvertrag zwischen beiden Firmen wird dieser Gesichtspunkt überhaupt nicht berührt.

Damit steht die öffentliche Forschungsförderung in diesem Bereich vor einem potentiell kaum lösbaren Dilemma. Während auf der einen Seite durch die Einbindung von IBM und SIEMENS die gemeinsamen Arbeitsergebnisse der europäischen Forschungsanstrengungen jederzeit für beide Firmen transparent und verfügbar sind, gibt es in umgekehrter Richtung keine verbrieften Rechte an den Ergebnissen für alle Industriepartner im JESSI-Projekt.

Die für Forschungs- und Technologiepolitik in der EG und der Bundesrepublik Verantwortlichen müssen sich schnell mit den Konsequenzen der IBM/USA-SIEMENS-Kooperation befassen. Welchen Sinn macht jetzt noch die ursprüngliche industriepolitische Zielsetzung, die vorwettbewerbliche Kooperation zwischen der europäischen elektronischen Industrie zu fördern, wenn SIEMENS-Ingenieure und Informatiker in den amerikanischen IBM-Labors am 64-MEGABIT-Chip mitarbeiten? Diese Kooperation ist wirksam in Konkurrenz zu Japan, könnte aber vorhandene Ansätze einer innereuropäischen stärkeren Kooperation auf die Dauer sprengen.

Das BMFT hat diese neue Situation offensichtlich noch nicht bedacht, da es sich industriepolitisch auf Druck der FDP abtinent verhalten hat.

Grundsätzlich stellt sich vor dem Hintergrund dieser neuen Entwicklung die Frage nach dem weiteren Stellenwert von JESSI für den Bereich der Chipentwicklung, da bereits zu Beginn der europäischen Kooperations-

ration ein wichtiges Elektronikunternehmen andere Akzente und Schwerpunkte setzt und nicht auszuschließen ist, daß andere europäische Firmen nach der SIEMENS-IBM/USA-Kooperation ähnliche Maßnahmen, eventuell mit japanischen Firmen, ins Auge fassen. Die bereits feststehende Entscheidung, die geplanten Forschungskapazitäten der SIEMENS-IBM-Kooperation in den USA zu konzentrieren, wirft bereits grundsätzliche Probleme für das JESSI-Projekt auf. JESSI macht nur dann Sinn, wenn sich hier mittel- und langfristig Strukturen für europäische Kooperationsformen innerhalb eines klar umrissenen Rahmens herausbilden.

Von Seiten der Industrie ist in der Vergangenheit die nicht ausreichende finanzielle Ausstattung des JESSI-Programms bemängelt worden. In Vorstudien zum „Zukunftskonzept Informationstechnik“, die von Vertretern der Industrie erstellt wurden, verlangte man staatliche Forschungsmittel bis zum Jahr 2000 in Höhe von 50 Milliarden DM. Das BMFT hat das 1 Megabit-Projekt von SIEMENS schon mit 320 Millionen DM finanziert, obwohl ein entscheidender Teil des Know Hows dafür von TOSHIBA aus Japan erworben wurde. Die IBM/USA-SIEMENS-Kooperation zeigt: Offensichtlich ist SIEMENS in Kooperation mit der IBM doch bereit, tief in die Tasche zu greifen. Bis Mitte der 90er Jahre sollen von beiden Firmen zusammen eine Milliarde DM zu gleichen Teilen aufgewendet werden. Staatliche Förderung in diesem Bereich soll wohl der SIEMENS AG aus der Verlegenheit helfen, solange kein internationaler Partner durch sein Know How hilft, eine neue Chip-Generation ähnlich schnell wie die Japaner auf den Markt zu bringen.

Die jetzt gerade vollzogene Kooperation der beiden Elektronikmultis offenbart zudem nicht vorhandene industriepolitische Leitlinien der Bundesregierung. Auf einer Anhörung des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung wurde der Einschätzung, daß Mikroelektronik nichts mit Marktwirtschaft zu tun hat, von keinem der anwesenden Experten widersprochen. Dieser Sektor ist ein hochkonzentrierter, staatlich subventionierter Sektor mit der Tendenz - auf Grund enormer Kosten - regelrechte Chipkartells zu etablieren mit enormen Auswirkungen auf die Struktur der informationstechnischen Industrie.

Staatliche Förderpolitik in einem Sektor mit der Tendenz zur Kartellierung und Monopolisierung ist nur dann sinnvoll, wenn sie auch die industriepolitische Perspektive eröffnet, Europa und damit der Bundesrepublik Deutschland eine eigene technologische Basis zu sichern oder zu schaffen. Wenn der Staat nur Lücken füllen soll, bis der Know-How-Lieferant aus den USA oder aus Japan gefunden ist, macht das keinen Sinn.

Die Förderung der Informationstechnik muß mit industriepolitischen Zielsetzungen verbunden werden, damit sie nicht zur Subventionspolitik verkommt. (—/25.2.1990/va-he/fr/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

**Norbert Gansel: Gemeinsame Überzeugungen und Ziele**

Norbert Gansel, Vorsitzender des SPD-Parteirates hielt auf dem Gründungsparteitag der DDR-SPD am 24. Februar in Leipzig ein Grußwort das wir im Wortlaut dokumentieren.

Liebe Freunde,

Ich überbringe Euch die Grüße des Parteirates der SPD aus der Bundesrepublik. Das hat schon Tradition.

Es ist auf den Tag genau vier Monate her, daß im Oktober 1989 Freunde aus West-Berlin und ich den Ibrahim Böhme besuchten und daß ich von ihm Grüße und eine Botschaft für den Parteirat in der Bundesrepublik aufgetragen erhielt. Dieses Treffen fand damals noch unter konspirativen Umständen statt. Und deshalb habe ich mir nicht aufgeschrieben, was Ibrahim Böhme gesagt hat. Ich habe es mir merken müssen. Deshalb weiß ich es noch heute. Ibrahim sagte: „Grüß die Freunde im Parteirat. Sag ihnen, hier entsteht ein neue Sozialdemokratische Partei. Sie fühlt sich den Traditionen und der Geschichte der Sozialdemokratie verbunden, und sag den Freunden bitte: ‚Wir arbeiten hier noch wie unter den Bedingungen der Sozialistengesetze‘“.

Heute seid Ihr nicht unserer Tradition und unserer Geschichte verbunden, sondern Ihr seid ein Teil davon. Und wenn in Zukunft die Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland geschrieben wird, dann ist es Eure Geschichte und unsere Geschichte.

Die Sozialistengesetze, das heißt das Verbot der Sozialdemokraten durch die SED in der DDR, sind gefallen. Ihr seid frei. Die Freiheit ist Euch nicht gewährt worden, sondern Ihr habt sie zusammen mit den Menschen auf Euren Straßen erkämpft.

Wir Sozialdemokraten sind die Partei der Freiheit. Ich habe heute auf dem Weg zum Parteitag in Leipzig ein Plakat an einer Wand gesehen. Darauf steht „Freiheit statt Sozialismus - DSU“. Ich kenne das Plakat aus dem Jahre 1980, aus dem Wahlkampf der Konservativen gegen Helmut Schmidt, „Freiheit statt Sozialismus“. Darunter stand damals CDU/CSU. Wann heute darunter steht „DSU“, buchstabiere ich: Der-Selbe-Unfug.

Liebe Freunde, wir haben damals geantwortet: „Von Freiheit verstehen wir mehr“, und wir fügten heute hinzu: „Wir verstehen auch mehr von Solidarität“. Für mich symbolisiert sich das ganz einfach in einem Telefongespräch, das am Tag nach jenem Besuch in Ost-Berlin stattfand.

Nachdem ich dem Hans-Jochen Vogel in Bonn berichtet hatte - und Willy Brandt -, habe ich die Angelika Barbe angerufen. Das war damals die einzige, die in Eurem Vorstand per Telefon zu erreichen war. Und nach vier Stunden hat es dann endlich geklappt. Ich habe erzählt, was ich gemacht habe, und dann habe ich gefragt: „Angelika, gibt es jetzt noch irgendetwas Konkretes, was ich für Euch tun kann?“ Und sie sagte: „Ja, wir brauchen dringend die Anschrift von Vaclav Havel. Wir haben gehört, er ist heute morgen wieder verhaftet worden. Und wir wollen ihm wenigstens in sein Haus ein Solidaritätstelegramm schicken.“ Das ist Solidarität:

1. Solidarität mit den Verfolgten,
2. Solidarität mit der demokratischen Opposition Osteuropas, und
3. die Solidarität derer, die zuerst an die anderen denken, bevor sie an sich selbst denken.

Im übrigen, für mich symbolisiert dieses Telefongespräch auch das Tempo der Entwicklung. Wenige Wochen danach war der Mann, der verhaftet worden war, Staatspräsident der CSSR.

Für mich symbolisiert das auch die Hoffnung, die jetzt schon fast eine Erfahrung ist, daß sich diejenigen, die sich beharrlich für Demokratie und Menschenrechte engagieren, auf die Dauer als bessere Realpolitiker erweisen als die Verteidiger des Status quo.

Ich verbinde diese Erinnerung mit einer Bitte an euch: Bewahrt Euch diesen Geist, diese Erfahrung aus der Illegalität und der Opposition auch für die Zeit, in der Euch das Volk in der Regierung etabliert wird. Ihr braucht das alles, und wir in der Bundesrepublik brauchen das vielleicht noch mehr. Wir brauchen es für unsere gemeinsame politische Kultur.

Und laßt mich hinzufügen: Es gibt keine politische Kultur ohne die Kultur. Es war vielleicht kein Zufall, daß jenes erste Treffen zwischen Sozialdemokraten Ost und Sozialdemokraten West in Ost-Berlin - nach dem Besuch Steffen Reiches in Bonn - in der Stube eines bekannten Grafikers stattfand, unmittelbar neben seinem Atelierraum. Der Martin Gutzeit hatte uns in einem dunklen Torweg empfangen, und wir wurden dann auf Umwegen in die Wohnung gebracht, die kurz vorher ausgedockt war. Da trafen wir dann Ibrahim Böhme, Angelika Barbe und den Peter Grimm von der Initiative für Menschenrechte. Ich will auch nicht vergessen, daß es Wolfgang Templin war, der über seine Kurierre dieses Gespräch vorbereitet hatte, der ausgewiesen war und der jetzt wieder zu Euch zurückgekehrt ist. Es war kein Zufall, daß es die Wohnung eines Künstlers war. Und deshalb bitte ich Euch, vergeßt nicht, was die Schriftsteller, die Theaterleute, die Rock- und Pop-Musiker, die bildenden Künstler in der DDR für unsere Kulturnation und für Eure Demokratie geleistet haben.

Ich weiß, manche von diesen waren unter dem SED-Regime durch Privilegien verwöhnt; aber viele haben nicht wegen, sondern trotz den Privilegien in der Zeit der Zensur dem demokratischen Impetus der Kulturnation Ausdruck gegeben. Laß nicht zu, daß sie heute beiseite geschoben werden, daß ihre Kritik niedergemacht wird. Ihr habt die Kultur von der Zensur befreit. Nun darf der Zensur des Staates nicht die Ignoranz der Eiligen folgen.

Und vergeßt nicht, daß die Freiheit der Künstler nicht nur in der Freiheit besteht, frei zu sprechen, frei zu spielen, frei zu malen, sondern auch in der Freiheit, davon leben zu können. Vergeßt nicht über die Sorgen, die wir uns um die soziale Zukunft von Millionen machen müssen, die sozialen Probleme der Künstler und Schriftsteller. Verhindert, daß sie durch die Marktstrategien westdeutscher Medienkonzerne niedergewalzt werden. Ich sage das nicht aus Sorge um den Verlust von DDR-Identität. Wir werden für unser Land eine neue gemeinsame Identität gewinnen. Nein, ich sage es in Sorge, daß die Kulturnation der Deutschen ärmer werden könnte, daß Eure Werke, Eure Sprache, Eure Bilder verlorengehen könnten. So wenig wie es aus sozialen Gründen zu einem einfachen Anschluß kommen darf, so wenig darf es aus kulturellen Gründen zu einer platten Gleichschaltung kommen. Kultur ist Vielfalt, sie braucht den offenen Markt, und sie braucht die schützenden öffentlichen Hände.

Unser Weg führt uns nun von der Vielfalt der Kultur zur politischen Einheit der Nation. Wir werden diesen Weg gemeinsam organisieren und die Einheit gemeinsam gestalten. Dafür brauchen wir das Vertrauen der Wähler. Erst Ihr, dann wir. Und wenn Ihr gewonnen habt, dann bitte ich Euch, kommt zu uns und sagt uns, wie man es macht.

Ich bin überzeugt, nach den Landtags- und Kommunalwahlen bei Euch und bei uns werden wir den nächsten oder übernächsten Wahlkampf gemeinsam bestreiten als eine Sozialdemokratische Partei.

Wir werden dabei für eine sozialdemokratische Mehrheit, nicht für ein sozialdemokratisches Deutschland, kämpfen. Nicht für ein sozialdemokratisches Deutschland, sondern für ein Deutschland, das sozial und demokratisch ist.

Wir werden gemeinsam eintreten für ein Deutschland: Frei und friedlich, sozial für seine Mitbürger und solidarisch für die Dritte Welt; umweltfreundlich für die Natur und zuerst für unsere Nachbarn. Nur ein Deutschland, das in Frieden mit seinen Nachbarn lebt, wird auch in Frieden mit sich selbst leben.

Wir Sozialdemokraten-West und -Ost haben erst eine gemeinsame Kommission gebildet, dann haben wir unseren gemeinsamen Namen beansprucht. Jetzt haben wir einen gemeinsamen Ehrenvorsitzenden. Wir werden unseren Weg gemeinsam weitergehen, weil wir gemeinsame Überzeugungen und Ziele haben.  
(-/28.2.1990/rs/fr)

## Solidarität mit den Sozialdemokraten in der DDR - Sonderrabatt 50 % -



**SPD-Pressedienst GmbH**  
Postfach 12 04 08  
5300 Bonn 1

Ich bestelle ab..... zur Lieferung an eine Gliederung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR folgende Informationsdienste:

Parlamentarische Politischer Pressedienst (PPP).....	DM 41,25
PPP-Hintergrunddienst.....	DM 24,75
Sozialdemokratischer Pressedienst.....	DM 41,25
SPD-Pressedienst/Wirtschaft.....	DM 24,75
SPD-Pressedienst/Europa.....	DM 13,75
blick nach rechts.....	DM 4,90
(alle Preise monatlich zuzügl. Porto und MWSt.)	

Ich bitte, mir die Adresse des Empfängers mitzuteilen

.....  
(Name, Vorname)

.....  
(Datum)

.....  
(Straße)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(PLZ Wohnort)

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der SPD-Pressedienst GmbH, Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, Postfach 12 04 08, 5300 Bonn 1, schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

.....  
(Datum)

.....  
(Unterschrift)

(Die Bestellung bitte zweimal unterschreiben)